

Überfraktioneller Antrag  
Bezirksausschuss 12  
Schwabing-Freimann



## Planungsbeteiligung Integrierte Einrichtung Bayernkaserne

### Antrag

Für die geplante Integrierte Einrichtung in der Bayernkaserne wird ein gemeinsames Raum- und Nutzerbedarfsprogramm erstellt. Hierbei werden neben Vertreter:innen von potentiellen Trägern auch Bürger:innen und Inklusions- und Gleichstellungsbeauftragte verbindlich und von Anfang an in die gesamte Planung einbezogen.

### Begründung

Im Neubaugebiet der ehemaligen Bayernkaserne entsteht eine Integrierte Einrichtung am zentralen Quartiersplatz. In dieser Integrierten Einrichtung sollen das Alten- und Servicezentrum, ein Nachbarschaftstreff, eine Außenstelle der Münchner Volkshochschule, eine Stadteilbibliothek und möglicherweise das Bildungslokal gemeinsam untergebracht werden.

Bei den bereits bestehenden Integrierten Einrichtungen der Stadt München wurden nachträglich Defizite festgestellt, deren Behebung Mehrkosten verursacht und die zu Verzögerungen führten. Mit einem bereits frühzeitig (= vor Planungsbeginn) definierten Raum- und Nutzerbedarfsprogramm könnten solche Defizite und auch Mehrkosten vermieden werden.

Ziel des Nutzerbedarfsprogrammes ist es, die Bedürfnisse und den Willen der zukünftigen Nutzer:innen zu ermitteln, zu beschreiben und in bauliche Anforderungen umzusetzen. Die Nutzer:innen wurden bisher nur von Vertreter:innen der Verwaltung repräsentiert

Damit die Einrichtung im Hinblick auf Funktion, Flächen, Gestaltung und Ausstattung bestmöglich geplant und umgesetzt werden kann, ist es unabdingbar, die zukünftigen Nutzer:innen, sowohl Träger als auch potentielle Kund:innen in alle Planungsschritte mit einzubeziehen.

Damit Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen die Einrichtungen selbstständig und uneingeschränkt nutzen können (Inklusion!), ist es insbesondere erforderlich, Inklusions- und Gleichstellungsbeauftragte einzubinden.

Da Entscheidungen über Trägerschaften ggf. erst später fallen, sind bereits tätige Träger (mit entsprechender Erfahrung) bzw. Vertreter:innen von Verbänden mit einzubeziehen. Alternativ sind Trägerschaften frühzeitig auszuschreiben.

Dies führt im besten Falle zu Qualitätsverbesserungen und Kostenersparnissen im Interesse aller Beteiligten.

Für die Fraktion der Grünen  
Alexandra Ruzicka (Autorin)

Für die SPD-Fraktion  
Johannes Trischler

Für die CSU-Fraktion  
Patric Wolf

Für die FDP-Fraktion  
Dagmar Föst-Reich